

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 3: Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

Die ABH sieht sich in ihrem Selbstverständnis nicht nur als Vollzugsinstanz des Asyl- und Aufenthaltsrechts, sondern auch als Willkommensbehörde, die aktiv Wege zu einem gesicherten Aufenthalt aufzeigt und Beratungsangebote zur Verfügung stellt.

- a) Wie stehen Sie zu diesem Selbstverständnis der ABH als Willkommensbehörde? Wollen Sie dies weiter unterstützen?
- b) Was wollen Sie tun, damit die Bearbeitung von Aufenthaltsangelegenheiten effizient und transparent in der ABH funktioniert?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) Wir GRÜNE unterstützen gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz das Selbstverständnis der Ausländer*innenbehörde (ABH) als Willkommensbehörde ausdrücklich. Eine moderne, dienstleistungsorientierte ABH ist für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft von zentraler Bedeutung. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sollen sich in Köln willkommen und respektiert fühlen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dieses Leitbild wollen wir weiter stärken und in der Praxis mit Leben füllen. Auch die Mehrsprachigkeit der Mitarbeitenden in der ABH sehen wir als große Ressource, um die Kommunikation mit den Klient*innen zu vereinfachen und auf Augenhöhe zu ermöglichen. Die Nicht-Erreichbarkeiten und Wartezeiten sind eine große Herausforderung, der mit weiteren Personaleinstellungen entgegengewirkt werden soll. b) Die bekannten Probleme, wie beispielsweise schlechte Erreichbarkeit, lange Wartezeiten und verzögerte Bearbeitungen von Anträgen auf Aufenthaltstitel oder Einbürgerung, sind nicht hinnehmbar. Wir setzen uns dafür ein, dass die ABH personell besser ausgestattet, digitaler und bürgernäher wird. Dazu gehören unter anderem der Ausbau von Online-Services wie eine erleichterte Terminvergabe, mehrsprachige Kommunikation, regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende, Möglichkeit, persönlich vor Ort vorzusprechen sowie klare Fristen und transparente Verfahren. Die Verwaltung muss ihre Verantwortung ernst nehmen. Ich als Oberbürgermeisterin und Chefin der Stadtverwaltung werde die Umsetzung der nötigen Strukturveränderungen veranlassen und die Ressourcen schaffen.
	Markus Greitemann – CDU: a) Die CDU Köln befürwortet das Selbstverständnis der Ausländerbehörde (ABH) als Willkommensbehörde. In einer von hoher Migrationsdynamik geprägten Stadt wie Köln ist es sinnvoll, dass die ABH über ihre Kernfunktion hinaus als serviceorientierte und beratende Anlaufstelle agiert. Dieses erweiterte Rollenverständnis begrüßen wir, es setzt jedoch ausreichendes Personal voraus. Lange Wartezeiten, mangelnde Erreichbarkeit und Verzögerungen bei Einbürgerungen oder Aufenthaltstiteln sind unzumutbar. Daher fordert die CDU Köln eine konsequente Personalentwicklung, um Servicequalität, Bearbeitungszeiten und Erreichbarkeit spürbar zu verbessern, in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. b) Die CDU Köln bekennt sich klar zu einer serviceorientierten Ausländerbehörde. Wir sehen in ihr eine Schlüsselstelle für Integration und Standortattraktivität. Unser Ziel ist es, aus der ABH eine leistungsfähige Verwaltungseinheit zu machen, die dem Anspruch einer echten Willkommensbehörde gerecht wird. Um dies zu erreichen, soll die Behörde zunächst personell verstärkt werden, sowohl im Sachbearbeitungsbereich als auch im Kundenservice. Gleichzeitig wird die Digitalisierung der Antragsverfahren vorangetrieben. Die Zusammenarbeit mit Integrationszentren, Kammern, Arbeitgeberverbänden und freien Trägern soll intensiviert werden, damit komplexe Fälle, etwa im Bereich Fachkräfteeinwanderung, schneller bearbeitet werden können. Schließlich wird die kontinuierliche



	Fortbildung aller Mitarbeitenden in interkultureller Kompetenz und aktuellem Migrationsrecht als zentrale Voraussetzung für eine bürgernahe Ausländerbehörde angesehen.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Das haben wir im Rat immer wieder unterstützt. Wichtig ist, dass ausreichend Personal vorhanden ist und dass die Behörde ihren geringen emanzipatorischen Spielraum für Willkommensarbeit nutzt. b. Mehr Personal einsetzen, ggf. aus dem Personalpool der Stadt. Jede eingebürgerte Person ist für die Stadt eine Bereicherung.
	Volker Görzel – FDP: a) Initiativen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung sowie zum Umbau der ABH in eine Willkommensbehörde wurden von der FDP in den zuständigen Gremien und Ausschüssen unterstützt. Allerdings muss bei all diesen Projekten berücksichtigt werden, dass die Ausländerbehörde rechtliche Vorschriften zu berücksichtigen hat, die das Handeln der Behörde bestimmen. b) Gründe für die Überlastung der Ausländerbehörde sind sowohl fehlendes Personal als auch die Umsetzung von immer mehr Bundes- und Landesgesetzen auf kommunaler Ebene. Diese Gründe dürfen aber nicht dazu führen, dass die Kunden und Kundinnen der Behörde in existenzgefährdende Schwierigkeiten geraten. Die Umsetzung der FDP-Forderung nach einem digitalen Rathaus könnte aber auch hier zu Erleichterungen und Verbesserungen führen.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Unterstützung dieses Selbstverständnisses GUT & KLIMA FREUNDE befürworten eine Verwaltung, die Lebensrealitäten gerecht wird, auch bei der Ausländerbehörde. Das Selbstbild als Willkommensbehörde ist im Sinne der Partei, da Integration und Teilhabe erleichtert werden sollen. b) Effizienz und Transparenz in der ABH Wir fordern mehr digitale Barrierefreiheit, personelle Ausstattung und eine menschenorientierte Verwaltung, damit Wartezeiten verringert und Anträge zügig bearbeitet werden. Wir kritisieren die aktuelle Überlastung der Ausländerbehörde.
	Torsten Burmester – SPD: Wir unterstützen das Selbstverständnis der Ausländerbehörde Köln als Willkommensbehörde, die Menschen Wege in einen gesicherten Aufenthalt eröffnet. Damit sie diesem Anspruch gerecht werden kann, braucht es gut erreichbare, transparente und schnelle Verfahren. Wir wollen die Bearbeitung von Aufenthalts- und Einbürgerungsanträgen durch digitale Angebote, eine zentrale Terminvergabe und zusätzliches Personal beschleunigen. Klare Zuständigkeiten und ein modernes Terminmanagement sollen dafür sorgen, dass monatelange Wartezeiten der Vergangenheit angehören. Zusätzlich braucht Köln einen Welcome Desk für internationale Fachkräfte.
	Lars Wolfram – Volt: a) Das Aufgabenspektrum der Ausländerbehörde ist sehr breit – es reicht von der Erteilung von Aufenthaltstiteln über Abschiebungen bis hin zur Einbürgerung. Gerade weil die Behörde so eng mit den Menschen in Kontakt steht und weitreichende Entscheidungen trifft, braucht es eine klare Serviceorientierung – und eine Haltung, die Menschen willkommen heißt. Dabei wenden sich nicht nur Personen mit Fluchthintergrund an die ABH, sondern auch internationale Studierende, Fachkräfte, EU-Bürger*innen und teilweise deutsche Staatsangehörige mit internationaler Familiengeschichte. b) Volt setzt sich vor allem für eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung ein, damit Arbeitsabläufe effizienter werden, der aktuelle Bearbeitungsstand



	transparent nachvollziehbar ist und fehlende Unterlagen einfach digital nachgereicht werden können.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Ich unterstütze das Selbstverständnis der Ausländerbehörde als Willkommensbehörde. Das ist die richtige Richtung: Menschen nicht nur verwalten, sondern begleiten. b) Um Wartezeiten und Überlastungen abzubauen, setze ich auf drei Schritte: Erstens mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Zweitens Digitalisierung, damit Abläufe schneller und transparenter werden. Drittens eine neue Fehler- und Servicekultur, die Bürger:innen als Partner:innen sieht, nicht als Bittsteller:innen.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Die StadtGesellschaft sieht die Aufgabe einer Willkommensbehörde positiv: Beratung, Integration und zügige Bearbeitung sind erklärte Ziele. Das Wahlprogramm sieht schlanke, digitale, transparente Verwaltungsprozesse vor. Digitale Anträge und klare Fristen – in vielen Sprachen – werden als Pflicht angesetzt, um Wartezeiten zu reduzieren und die Erreichbarkeit zu erhöhen. Siehe oben
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 3 a) Verwaltung kann willkommen heißen, ohne an Klarheit zu verlieren. Die Ausländerbehörde soll verlässlich beraten und Wege in Aufenthalt, Ausbildung, Arbeit und Einbürgerung aktiv eröffnen. So wird aus einem Amt eine wirkliche Anlaufstelle. 3 b) Verlässlichkeit entsteht durch gute Erreichbarkeit, klare Termine und nachvollziehbare Zeiten. Ein einfacher Onlineprozess und ein öffentlicher Überblick über Wartezeiten geben Orientierung und bauen Stress ab. Ich möchte, dass besonders dringliche Anliegen wie Arbeit, Ausbildung und Familie priorisiert werden.

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1:](#) Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2:](#) Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3:](#) Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4:](#) Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5:](#) Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6:](#) Spracherwerb fördern

[Frage 7:](#) Kita-Plätze schaffen

[Frage 8:](#) Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9:](#) Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10:](#) Kirchenasyl schützen

[Frage 11:](#) Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12:](#) Freiwilliges Engagement fördern

